Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 373 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 2. August

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort: Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Ludendorffs Stellung zum Weißbuch

Neueste Tagesnachrichten

* In Basel ist die Arbeitsruhe allgemein. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei.

* Belgien steht vor einem Eisenbahnerstreik.

* Der Gesandte von Rosenberg ist von der Leitung der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes zurückgetreten.

* In der französischen Kammer wird von der Abwanderung von 1 Milliarde 193 Millionen Mark in Gold aus Deutschland berichtet.

* Belgien läßt Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder zu.

* Cailleaux wird vor den Staatsgerichtshof gestellt.

Was Ludendorff sagt

(Von unserem hl.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 1. August.

Wir ist soeben das von der Regierung herausgegebene Weißbuch: „Vorgeschichte des Waffenstillstandes" zugestellt worden. Ich habe von ihm Kenntnis genommen. Nach dem Eindruck, den ich erhalten habe, gibt die amtliche Vorbemerkung eine durchaus einseitige und entstellende Darstellung der Geschichte und zieht einseitige und falsche Schlüsse. Ich kann nur bei der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit auf einige Punkte eingehen.

Mir wird zum Beispiel ein Stimmungsumschwung am 17. Oktober vorgeworfen und behauptet, ich hätte unbestimmte Angaben gemacht. Demgegenüber stelle ich fest, daß am 29. September vom Generalfeldmarschall und mir dem Staatssekretär v. Hintze gegenüber, am 2. Oktober vom Major von der Busche dem Reichstag gegenüber ausgesprochen wurde, daß nur nur auf einen Frieden eingehen könnten, der uns eine Lebensmöglichkeit sichert, ebenso dürfte kein Waffenstillstand geschlossen werden, der uns wehrlos macht. In diesem Sinne hatte sich auch Prinz Max am 5. Oktober ausgesprochen, indem er ausführte, daß wir fest entschlossen seien, auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn es unabänderlich ist, und daß wir weiterkämpfen, den Endkampf um Leben oder Tod weiterführen würden. Im selben Sinne hatte sich der Reichstagspräsident ausgesprochen.

Ueber die Notwendigkeit des Weiterkämpfens herrschte also volle Einigkeit zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung. Diese hielt bis zum 17. Oktober an. Nach Ansicht der Obersten Heeresleitung ließ die

zweite Wilson-Note

keinen Zweifel mehr an der Notwendigkeit weiterzukämpfen, falls wir nicht kapitulieren wollten. Diesem Standpunkt trug ich in der Sitzung vom 17. Oktober Rechnung, verfuhr also folgerichtig, während die Reichsleitung nicht entschlossen war, ihrerseits die Folge aus den Worten des Reichskanzlers am 5. Oktober zu ziehen. Ich dachte nicht an einen plötzlichen Abbruch, sondern zunächst an die Feststellung, was der Feind eigentlich wollte. Hand in Hand mußten hiermit Maßnahmen zur entscheidenden Fortsetzung des Kampfes gehen.

Das Wesen des Krieges ist Ungewißheit, das weiß, glaube ich, jeder einfache Soldat, der im Feuer gestanden hat. Und nur diejenigen können darüber im Zweifel sein, die den Krieg nicht am eigenen Leibe erfahren haben. Sie sollten sich denn wenigstens enthalten, Urteile auszusprechen, die auf nichts begründet sind.

Staatssekretär Solf will mich gefragt haben: „Können Sie noch drei Monate die Front halten?" Ich soll darauf geantwortet haben: „Nein". Das ist durchaus richtig. Wenn hieraus aber wieder Schlüsse gezogen werden, so ist dies falsch. Ich will mich mit Vorstehendem für die Zeit nach dem Abgang der ersten Note an Wilson begnügen und wende mich jetzt den Ereignissen des 29. September und 1. Oktober zu.

Ueber die Besprechung des 29. September enthält die Denkschrift nichts, und doch ist sie für den Hergang der Ereignisse und für die ganze Beurteilung der Lage von wesentlicher Bedeutung. Ich will hier nur angeben, daß Staatssekretär v. Hintze zunächst aus inneren Gründen den Systemwechsel für nötig hielt und daß dre Generalfeldmarschall und ich sowie Oberst Heye daraufhin erst die militärische Lage feststellten, ähnlich wie es Major v. b. Busche in seinem Vortrage getan hat.

Herr v. Hintze hat mir angegeben, daß die neue Regierung bis zum 1. Oktober mittags gebildet werden könne. Im gleichen Sinne hatte er sich Oberst v. Hafften gegenüber ausgesprochen. Und daß dann das Angebot an Wilson hinausgehen könne. Sein Telegramm vom 1. Oktober 1918 — ab Berlin 7 Uhr 20 Min. nachmittags — trägt diesem Rechnung, es lautet:

Bildung neuer Regierung voraussichtlich heute 1. Oktober nachts. Militärische Lage ist stärkstes Druckmittel gegenüber unsinnigen und anspruchsvollen Parteien.

Gemäß diesem Telegramm und der mir von Herrn v. Hintze gemachten Angabe habe ich auch gehandelt. Nachdem bis zum 1. Oktober mittags die Regierung nicht gebildet war, habe ich nachmittags gedrängt. Als mir dann Oberst v. Hafften gegen Mitternacht vom 1. zum 2. Oktober von Berlin aus ausführte, daß die Bildung der Regierung auf Schwierigkeiten stieße, habe ich mein Drängen eingestellt und wies Oberst v. Hafften an, darauf zu achten, daß kein unnötiger Zeitverlust entstünde. Ich bemerke ausdrücklich, daß am 30. September und 1. Oktober keine Ereignisse an der Front eingetreten waren, die die Lage kritischer gestaltet hätten. Der Generalfeldmarschall war mit mir der Ansicht, daß, nachdem auf Grund der Kriegslage der schwere Entschluß gefaßt war, keine Zeit zu verlieren war, um ihn zur Tat umzusetzen. War ein schwerer, wenn auch

ehrenvoller Frieden

auf Grund der 14 Punkte Wilsons und durch Wilson zu erreichen, so war ein weiteres Blutvergießen nicht mehr zu verantworten. Es mußte auch alles geschehen, um die Zeit der Spannung abzukürzen, denn es war klar, daß die Gerüchte und Nachrichten von einem von uns erbetenen Waffenstillstand unsere Kampfkraft schwächen, die des Feindes ungemein stärken mußten.

Wenn Herr v. Grünau in seinem Telegramm Nr. 28 von einem Durchbruch spricht, so handelt es sich hier um eine taktische, nicht um eine strategische Erscheinung. Wenn er ferner ausführt: „Ich habe den Eindruck, daß man hier völlig die Nerven verloren hat", so weiß ich nicht, worauf sich das beziehen soll. Wir alle standen im Hauptquartier unter dem gewaltigen Eindruck der Ereignisse, ich habe aber keinen meiner Offiziere gesehen, der nicht Herr seiner Nerven war, und nehme dies auch für mich in Anspruch. Wenn er ferner sagt: „Daß wir schlimmsten Falles nach außen hin den Schritt mit der Haltung Bulgariens begründen können", so ist mir nur bezeichnend daran, wie wenig ein Mitglied des Auswärtigen Amtes über die Lage unterrichtet war. Es war dem Staatssekretär v. Hintze klar mitgeteilt worden, daß

der Zusammenbruch Bulgariens

der vornehmste Grund für den Friedens- und Waffenstillstandsantrag der Obersten Heeresleitung war.

Beiläufig bemerke ich, daß nicht die Herren v. Lersner und v. Grünau, sondern Gesandter Graf Limburg-Stirum Vertreter des Reichskanzlers bei der Obersten Heeresleitung war.

Besonders auffallend ist Nr. 12 vom 28. September 1918. In dieser Aufzeichnung ist von einem Abschiedsgesuch des Grafen Hertling die Rede, während ich bisher der Ansicht war, daß Graf Hertling sein Abschiedsgesuch erst am 29. Sr. Majestät dem Kaiser unterbreitet hat. Es geht hieraus zugleich hervor, daß jedenfalls am 28., also noch vor der Erklärung der Obersten Heeresleitung am 29. vormittags das Auswärtige Amt in Erwägungen über einen sofortigen Waffenstillstand eingetreten ist. Immerhin bedarf dieses Schreiben noch der Erklärung für die Oeffentlichkeit.

Die Ereignisse vom 13. August bis 28. September sind vollständig einseitig von Herrn v. Hintze gestellt. Hier will ich folgendes feststellen:

Zu Nr. 2 soll ich Herrn v. Hintze gesagt haben, ich würde den Feind bestimmt besiegen. Das ist unrichtig. Ich habe allein gesagt: „Ich hoffe, den Feind friedenswillig zu machen."

Daß sich Herr v. Hintze der Sitzung vom 13. August nicht entsinnt, ist auffallend. Diese Sitzung gab die Grundlage für den Vortrag am 14. August. Ich habe Herrn v. Hintze nicht beiseitegenommen, sondern der Feldmarschall und ich haben klar und bestimmt die Kriegslage so geschildert, wie dort angegeben. Wir würden durch eine strategische Defensive imstande sein, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen und ihn so allmählich zum Frieden zu bringen. Der Ausspruch: „In der angeführten Besprechung zu vieren hat niemand dieses ausschlaggebende Thema wieder angeschnitten", ist eine Irreführung ernstester Art. Das Protokoll vom 14. August läßt Herrn v. Hintze selbst sagen: „Der Chef des Generalstabes hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen der Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen und daß unsere Kriegführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen möglich zu lähmen." Ich frage Herrn v. Hintze: Wann hat denn der Chef des Generalstabes diese Ausführungen gemacht? Ich will ihm antworten: In der Sitzung vom 13. August.

Die Bemerkung des Generalfeldmarschalls am Schluß des Protokolls (es werde gelingen, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen), das wie alle Protokolle nachträglich aufgestellt ist, ist tatsächlich erst gegen Ende der Sitzung und nach der Rede des Staatssekretärs gemacht. Sie bildete einen Schlußakkord der so überaus ernsten Besprechung und bestätigt lediglich das von Hintze Gesagte. Ich glaube, daß ich die Unzuverlässigkeit der von Hintzeschen Darstellung vor der Welt festgenagelt habe, und brauche nicht näher auf sie einzugehen.

Damit das deutsche Volk weiß, wie der Generalfeldmarschall und ich über

Friedensziele

gedacht haben, stelle ich fest, daß wir durchaus gewillt waren, in unseren Kriegszielen die Konsequenz zu ziehen, so wie Herr v. Hintze es am 14. aussprach. Hierüber hatte die Sitzung am 13. gleichfalls volle Klarheit gebracht. Die gegenteilige Behauptung des Herrn v. Hintze ist ebenso falsch wie seine Angabe, die Kriegslage wäre am 13. nicht in offizieller Form besprochen worden. Wie reimt sich dann seine Angabe mit den Angaben gelegentlich der Parteiführer-Besprechung zusammen? Ich weise nun darauf hin, daß das Protokoll vom 14. nicht vollständig niedergeschrieben ist. Wann habe ich die „große Offensive" als nicht mehr möglich bezeichnet? Das könnte doch auch nur am 14. gewesen sein. Ich habe am 14. überhaupt nicht zur Kriegslage gesprochen, denn Herr v. Hintze gab am 14. den Niederschlag der Besprechung am 13. wieder.

Das ist das Material, das von der Regierung dem deutschen Volke gegeben wird, um über seine schwersten Stunden Klarheit zu gewinnen.

Von Schweden habe ich im Februar an den Reichspräsidenten geschrieben und ihn gebeten, durch Gegenüberstellung des Materials, nicht meiner Person wegen, Klarheit zu schaffen. Ich habe Antwort auf das Schreiben nie erhalten. Gern hätte ich dem deutschen Volk diesen Streit erspart. Ich hoffe, daß meine im August erscheinenden Kriegserinnerungen zur Klärung der Lage beitragen werden, nicht um niederzureißen, sondern um aufzubauen.

Ueber den Zusammenbruch

Berlin, 1. August.

„B. Z. a. M." veröffentlicht aus dem soeben erschienenen Weißbuch ein Telegramm des Fürsten Hohenlohe-Langenburg an Prinz Max von Baden vom 25. Oktober 1918, indem Fürst Hohenlohe ausführt, daß nach Meinung einer zuverlässigen Quelle der Schluß der Wilsonnote so zu deuten sei, daß der einzige Weg zu einem einigermaßen erträglichen Frieden kaum anders als über die Abdankung des Kaisers führe. Nach der Meinung des Gewährsmannes würde eine solche Tat des Kaisers es Wilson leichter machen, zugunsten seiner Friedenspläne auf den Senat einzuwirken, der in der letzten Zeit Einfluß im Sinne einer gänzlichen Niederwerfung Deutschlands gewinnt. Gleichzeitig würde durch sie die Friedensströmung in den übrigen Ententestaaten gestärkt werden. Dem Gewährsmann zufolge sei die Schwäche unserer militärischen Lage den Amerikanern zu bekannt, um bei ihnen jetzt im Falle eines Aufrufs zur nationalen Verteidigung über den endgültigen Sieg der Entente Zweifel aufkommen zu lassen. Deutschlands Zusammenbruch sei nur eine Frage der Zeit. Sollte versucht werden, den Endkampf hinauszuziehen, so würde das nur als ein neuer Beweis des Vorwiegend militärischer Einflüsse betrachtet werden und den Verdacht nähren, daß man sich auf Deutschlands ganze innerpolitische Wandlung nicht verlassen könne.

Ferner ist ein Telegramm Kaiser Karls an Kaiser Wilhelm bemerkenswert, das lautet:

„Ich war heute früh genötigt, da die militärische Lage unhaltbar geworden ist, den Italienern einen Waffenstillstand anzutragen. Falls aber die Italiener die Bedingung stellen, daß die Bahnen durch Tirol und Kärnten (Tauernbahn, Brennerbahn, Südbahn) für den Durchzug der feindlichen Truppen gegen Deine Länder geöffnet werden sollen, so werde ich mich an die Spitze meiner Deutschösterreicher stellen und den Durchzug mit Waffengewalt verhindern. Darauf kannst Du fest vertrauen. Auf die Truppen der anderen Nationalitäten kann man sich in dem Falle nicht verlassen.

In treuer Freundschaft

gez. Karl."

Die Antwort Kaiser Wilhelms lautet:

„Mit Bewegung habe ich Dein Telegramm über den Antrag zum Waffenstillstand an Italien gelesen. Ich bin überzeugt, daß Deine Deutschösterreicher, an der Spitze der Kaiserliche Herr, sich wie ein Mann gegen schmachvolle Bedingungen erheben werden, und danke Dir dafür, daß Du mir das noch besonders versichert.

In treuer Freundschaft

gez. Wilhelm."

Die Abdankung des Kaisers

München, 1. August.

In dem deutschen Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes sind Telegramme des damaligen preußischen Gesandten in München, v. Treutler, und des deutschen Gesandten in Bern, v. Romberg, erwähnt, in denen an mehreren Stellen von der Stellungnahme der damaligen bayerischen Regierung zur Frage der Abdankung des Kaisers und der angeblichen Sonderfriedensbestrebungen Bayerns die Rede ist. Die Schriftleitung der „Münchener Neuesten Nachr.", die wegen dieser Angelegenheit mit dem Leiter der damaligen bayerischen Regierung, dem Ministerpräsidenten Dandl, in Verbindung getreten ist, ist ermächtigt, folgendes festzustellen:

1. Die Stellungnahme der früheren bayerischen Regierung in der Frage der Abdankung des Kaisers ist in dem Bericht des preußischen Gesandten v. Treutler am 25. Ok-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908021-11/fragment/page=0001

wber 1918 richtig wiedergegeben. Nicht zutreffend dagegen ist die nach dem Bericht des deutschen Gesandten in Bern am 3. November 1918 an die Entente gebrachte Nachricht, Bayern habe vom Bundesrat die Abdankung des Kaisers angeblich gefordert. Es bestehe in Bayern an maßgebender Stelle der Eindruck, daß der Kaiser den Plan verfolge, bei der ersten Gelegenheit die neue deutsche Regierung zu stürzen. Die damalige bayerische Regierung hat vielmehr den Standpunkt eingenommen und bei maßgebenden Besprechungen zur Geltung gebracht, daß der Kaiser durch die verantwortlichen Persönlichkeiten über den Stand der Dinge mit aller Offenheit aufklären sei, und daß sie mit einem freiwilligen Rücktritt des Kaisers einverstanden wäre.

2. Der deutsche Gesandte in Bern hat in seinem Bericht vom 3. November 1918 die Behauptung, daß Bayern dem Abgesandten der Entente zu verstehen gegeben habe, es würde sich von der Reichspolitik unter allen Umständen lossagen, selbst als abenteuerlich bezeichnet. Tatsächlich entbehren solche Gerüchte jeder Grundlage. Der bayerischen Staatsregierung war allerdings seinerzeit zur Kenntnis gekommen, daß in der Schweiz Nachrichten der bezeichneten Art umliefen. Sie hatte hiewegen damals den bayerischen Gesandten in Bern nach München berufen und von ihm erfahren, daß die Gerüchte auf Redereien unverantwortlicher, übergeschäftiger Personen zurückzuführen seien. Die bayerische Regierung habe derartige, die Einheit und den Bestand des Reiches gefährdende Bestrebungen stets aufs schärfste verurteilt und eine direkte oder indirekte Förderung entschieden abgelehnt. Der Gesandte erhielt die Weisung, diesen Standpunkt der Regierung gegenüber den umlaufenden Gerüchten zu vertreten. Wenn die Entente gleichwohl mit bayerischen Sonderbestrebungen ernstlich gerechnet haben sollte, hat ihr jedenfalls die Haltung der damaligen bayerischen Regierung hierzu keine Berechtigung gegeben.

Zu den Veröffentlichungen

Weimar, 1. August.

Die Nationalversammlung hat beschlossen, die Reden der Minister anläßlich der großen politischen Debatte zu veröffentlichen. Ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei ist zugleich angenommen worden, der die Ergänzung der Veröffentlichung durch Beifügung des vollen Schriftstückes des Nuntius Pacelli nebst Anlagen vorsieht.

Dies letztere ist von der größten Bedeutung. Erzberger hat bekanntlich nur willkürlich herausgegriffene Teile aus dieser Korrespondenz mitgeteilt. Er hat die englische Note, die Pacelli übermittelte, so verstümmelt, daß ihr Sinn vollkommen ins Gegenteil verkehrt wurde. Er hat vor allen Dingen die Meinungsäußerung der französischen Regierung ganz unterschlagen. Der bekanntgewordene volle Text der englischen Note straft Erzberger insofern Lügen, als es sich darin um ein Friedensangebot und außer Belgien auch um das Hauptschuldbekenntnis am Kriege gehandelt hat. Erst wenn wir auch den französischen Gedankengang kennen, werden wir aber auch klar sehen, was die Entente schon damals forderte. Alle Aeußerungen französischer Minister aus jener Zeit sprechen von Elsaß-Lothringen, manche sogar vom linken Rheinufer. Wir erwarten und beanspruchen, daß die Unterschlagung dieses Aktenstückes ein Ende nimmt und das deutsche Volk entsprechend dem Beschluß der Nationalversammlung restlos erfährt, was seine Feinde im September 1917 wollten. Es besteht Grund zu der Annahme, daß der „Versöhnungsfriede", der uns damals entgangen sein soll, sich immer mehr den Versailler Dokumenten von 1919 nähert, je mehr von Originalurkunden veröffentlicht wird, daß das freundliche Bild nicht auf den damaligen Absichten der Entente, sondern auf der Verlogenheit des Berichterstatters beruht.

Gegen die Kapitalabwanderung

Berlin, 1. August.

Die Vorlage über die neuen Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung mit den Anlagen ist heute der Nationalversammlung zugegangen. Nach dieser Vorlage dürfen auf Reichs- oder ausländische Währung lautende Zahlungsmittel nur durch Vermittelung von Banken nach dem Auslande versandt oder überbracht werden. Zahlungsmittel sind auch Anweisungen, Schecks und Wechsel. Banken dürfen solche Aufträge nur übernehmen, wenn der Auftraggeber eine Erklärung einreicht, die an das zuständige Besitzsteueramt weiterzugeben ist. Auf den Postanweisungs-, Postscheck- und Postnachnahme- und Postauftragsverkehr finden die Vorschriften keine Anwendung. Verbindlichkeiten in Reichs- oder ausländischer Währung zum Zwecke des Erwerbes von Wertpapieren dürfen gegenüber einem Ausländer nur mit Einwilligung der Reichsbank eingegangen werden. Einem Ausländer darf ein auf Reichswährung lautender Kredit nur mit Einwilligung der Reichsbank eingeräumt werden.

Echt französisch

Paris, 31. Juli.

Der beratende Ausschuß des zweiten Schiedsgerichts, das mit der Untersuchung über die Vorfälle, die sich bei der Abreise der deutschen Delegation ereignet haben, betraut ist, hat seine Untersuchung beendet und beantragt, die Untersuchung niederzuschlagen. Man habe festgestellt, daß die Deutschen, indem sie lärmende Grüße wechselten, Hochrufe ausbrachten und der Menge Grimassen schnitten, dadurch Proteste herausgefordert haben. Man hat nicht festgestellt, ob die Menge Steine geworfen hat.

Diese Havas-Meldung steht in einem sonderbaren Gegensatz zu der Tatsache, daß Clemenceau in seiner bereits bekannten Note der deutschen Regierung sein Bedauern über das den Gesetzen der Gastfreundschaft in so ärgerlicher Weise zuwiderlaufende Geschehnis ausgesprochen hat. Ein Augenzeuge des Vorfalles bestätigt, daß es den Mitgliedern der deutschen Delegation in keiner Weise eingefallen ist, das französische Publikum durch Hochrufe, Grimassen usw. zu reizen. Sehr sonderbar wirkt die Behauptung, daß nicht festgestellt sei, daß die Menge Steine geworfen habe. Frau Dornblüth, die noch an einer Kopfverletzung im Krankenhaus darniederliegt, kann das Gegenteil bestätigen, und auch andere Mitglieder der Delegation sind, wenn auch leichter, durch Steine verletzt worden. Das feindliche Verhalten des französischen Publikums beschränkte sich nicht auf den Augenblick, als die deutschen Delegierten ihre Hotels verließen, sondern setzte sich den ganzen ziemlich langen Weg fort, den die Delegation zum Bahnhof zurückzulegen hatte.

Beamtenfragen in der Nationalversammlung

Es folgt die Interpellation Arnstadt (D. V.), Dr. Heinze (D. V.) über Beamtenfragen.

Die Interpellation bittet um Auskunft, ob die Verordnung der preußischen Regierung vom 26. Februar d. J. betreffend die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand auch auf die Reichsbeamten ausgedehnt werden soll. Sie fordert eine Neuregelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse und die Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechtes, sowie die Gewährleistung gewisser Mindestforderungen hinsichtlich der Besoldung, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, insbesondere auch der Gemeindebeamten und Lehrer durch Reichsgesetz.

Abg. Dr. Most (D. Vpt.) begründet die Interpellation. Unsere Interpellation ist veranlaßt durch die Erkenntnis der Not, in der sich Millionen deutscher Beamten befinden, und durch den Wunsch, unseren festgefügten tüchtigen Beamtenkörper zu erhalten. Wir können stolz darauf sein, daß wir bisher das pflichtgetreueste und lauterste Beamtentum der Welt gehabt haben. Das Verhältnis unserer Beamten zum Staat ist ein anderes als das eines Arbeiters zu seinem Arbeitgeber. Der streikende Beamte ist ein Widerspruch in sich selbst. (Sehr richtig! rechts.) Der Beamte hat Sonderpflichten, weil er Sonderrechte hat. Um so mehr aber hat auch der Staat die Pflicht, diese Rechte zu wahren. (Sehr richtig! rechts.) Wir wünschen einen Schutz der Beamten gegen das Uebermaß der Parlamentarisierung und der Politisierung. (Beifall rechts.) Zu dem Zwecke verlangen wir vor allen Dingen die Schaffung eines neuen Beamtenrechts durch das Reich mit einer Ausgestaltung der Beamtenausschüsse, Regelung der Urlaubsverhältnisse, Reform des Disziplinarwesens, Aufhebung gewisser einschränkender Bestimmungen, wie Residenzpflicht, Verbot der Nebenbeschäftigung usw. Vor allen Dingen aber verlangen wir eine Erretung des Beamtenstums aus der wirtschaftlichen Not. Eine raschere, durchgreifende Besoldungsreform für alle Beamtenklassen muß kommen (Beifall.)

Reichsminister des Innern Dr. David: Es ist mir dringendes Bedürfnis, der deutschen Beamtenschaft meine wärmste Anerkennung auszusprechen für ihre überaus pflichttreue und aufopfernde Arbeit, die sie nicht nur während des Krieges, sondern auch vorher unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet hat. Das soll ihr unvergessen sein, wenn eine

grundlegende Neuordnung des Beamtenrechts

und der Beamtenbesoldung zustande kommt. Ein gutes Beamtentum ist Lebensbedingung für das neue Deutschland. Nicht auf einem autoritativen Zwang von oben, sondern auf der Pflichttreue von unten beruht die Stärke der Demokratie. Im Einvernehmen mit dem Finanzminister bin ich der Ansicht, daß eine Neuordnung der Besoldung und des Pensionswesens, sowie der Hinterbliebenenfürsorge unbedingt nötig ist. Kurzzeit freilich ist eine generelle Regelung leider nicht möglich. Erst muß Klarheit geschaffen werden über den Beamtenstand, mit dem wir dauernd zu rechnen haben, und dann über die finanzielle Leistungsfähigkeit von Reich und Ländern. Eine baldige Klärung ist in Besprechungen mit den Beamtenverbänden seitens der Reichs- und der Landesregierungen in Aussicht genommen. Die Konferenz ist bereits am 12. August in Berlin. Im Reichsministerium des Innern ist ein Rat für Beamtenfragen eingesetzt. Er hat seine Arbeiten bereits am 1. August aufgenommen. Das neue parlamentarische System wird fortan die Gewähr geben, daß fortan die Beamten ihre berechtigten Forderungen rascher zur Geltung bringen können. Freie Bahn dem Tüchtigen. Das neue System nimmt den Beamten nichts. Es kann ihnen zur Freude und zum Nutzen werden, der Gesamtheit aber zum Wohl.

Abg. Krohnen (Soz.): Es ist erfreulich, daß die Herren von der Rechten sich jetzt auf einmal für die Beamten erwärmen. (Unruhe rechts, lebhafte Zustimmung links.) Das ist die Stimmungsmache. (Erneute Unruhe rechts.) Die freiheitliche Betätigung der Beamten haben Sie (zu der Rechten) stets gehindert. Wir treten für die Koalitionsfreiheit und auch für das Streikrecht der Beamten ein. Ferner verlangen wir eine Gesetzesvorlage über Beamtenräte. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Allekotte (Ztr.): Das Zentrum ist stets mit Nachdruck für die Forderungen der Beamten eingetreten. Die neuzeitliche Regelung der Beamtenfragen bewirkt man am besten in Verbindung mit den Beamtenorganisationen, die in den letzten sechs Monaten auf ganz besondere Leistungen zurückblicken können. (Zustimmung.) Angesichts der Notlage sämtlicher Beamtenkategorien und auch der Beamtenfamilien halten wir eine durchgreifende Besoldungsreform für erforderlich. Die Beamten dürfen nicht berechtigt sein, durch Streik auf die Regierung einen Druck auszuüben. (Lebhafter Beifall im Ztr.)

Abg. Nimmers (Dem.): Die Nationalversammlung hat sich bemüht, in dem Verfassungswerk, soweit es möglich war, die Wünsche der Beamten zu verwirklichen und vor allen Dingen ihre Grundrechte zu sichern. Allerdings müssen wir lebhaft bedauern, daß die in der Schwebe befindliche Frage der Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage noch nicht hat zum Abschluß gebracht werden können. Wir sind der Ueberzeugung, daß trotz des Widerstandes Preußens unter allen Umständen den Beamten durch eine nochmalige Teuerungszulage unter die Arme gegriffen werden muß. Die Besoldungsreform muß schleunigst in Angriff genommen werden. Vor allen Dingen wird es nötig sein, mit den vielen Besoldungsklassen aufzuräumen. (Beifall.)

Abg. Degerck (Deschnat.): Wir haben wegen der Beamtenfrage schon im Februar Anträge eingebracht, sie hätten längst schon in der Nationalversammlung besprochen werden können. Dann wären manche Vorkommnisse in der Beamtenschaft vielleicht unterblieben. In die Beamtenschaft ist die Erregung hineingetragen worden durch die seinerzeitige Erklärung des Vorsitzenden Ebert, daß die Beamtenschaft auf ihrem Posten beharen solle, bis die Stunde der Ablösung käme. Auch infolge anderer Aeußerungen von Ministern im Reiche und in Preußen konnten die Beamten befürchten, daß ihnen die Pensionsberechtigung und die unkündbare Anstellung abgesprochen und sie in das Verhältnis von Angestellten übergeführt werden sollten. Den Beamten würde dann auch die Bestimmung der Verfassung über das Beamtenrecht nichts nützen. Hat doch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei

die Verfassung als ein papierenes Werk

erklärt. Die Not unter den Beamten ist so groß, daß unbedingt eine einmalige Zulage gegeben werden muß. Wenn nach der Erklärung des früheren Ministers Schiffer 7 Milliarden durch Verschleuderung von Heeresgut verloren gegangen sind und auch sonst mit Geld geschleudert wurde, müssen Mittel für die Beamten beschafft werden. Dagegen konnte mancher Minister und Staatssekretärposten gespart werden. Den Arbeitern hat die Regierung Löhne bis zu 6800 M. bewilligt, während z. B. ein mittlerer Postbeamter mit 4500 M. auskommen muß. Ebert hat gesagt, die Beamten müssen sich klar sein, daß wir in der neuen Regierung nicht mehr mit der alten Behäbigkeit leben können. Als ob die Beamten jemals behäbig gelebt hätten. Der Minister sollte nur einmal in den Haushalt von Beamten hineinsehen, wo Schmalhans Küchenmeister ist. Bei der Regelung der Teuerungszulagen sollen die Beamten durchaus nichts anderen voraus haben, aber sie sollen auch nicht ausgesetzt werden. Bei der Besoldungsreform müssen erst einmal wieder die Beamtengehälter in Uebereinstimmung mit den der Beamten gleichstehenden Schichten kommen. Von der Güte des parlamentarischen Systems, das der Vorredner in hohen Tönen gefeiert hat, haben wir uns bisher noch nicht überzeugen können. Das bis jetzt aufgebaute Haus war ein Kartenhaus, das vom nächsten Windstoß umgestürzt werden kann. (Zustimmung rechts.)

Reichsminister des Innern Dr. David: Der Vorredner hat dem Minister Erzberger unterstellt, er hätte bei einer Besprechung mit Vertretern der Beamten gesagt, in der neuen Regierung dürften die Beamten nicht mehr mit der alten Behäbigkeit leben. Der Minister hat das gesagt nicht mit Bezug auf die Beamten, sondern mit der ganz allgemeinen Haltung der deutschen Bevölkerung. Der Vorredner hat das tendenziös auf die Beamten bezogen. Wir hat der Vorredner unterstellt, ich hätte mit Bezugnahme auf die Regierung von Männern gesprochen, die infolge der Revolution einen Posten erhalten hätten, denen aber die Einsicht in das politische Leben fehlt. Auch das ist falsch. Ich habe von Männern in den Räten gesprochen, die sich niemals mit volkswirtschaftlichen Dingen beschäftigt haben. Die Lohnfrage ist zu einseitig begründet, ohne Rücksicht, daß nicht die Lohnhöhe, sondern die für den Lohn zu erwerbende Gütermenge das Wesentlichste ist. Ebenso hat der Vorredner eine Bemerkung in einer vertraulichen Besprechung mit Beamtenvertretern entstellt, daß es für die Zukunft besser wäre, solche Besprechungen protokollarisch aufzunehmen, was aber die Verhandlungen verzögert. Es darf kein Mißbrauch getrieben werden durch Widergabe von Aeußerungen, die in einem ganz anderen Sinne gesagt worden sind. Weiter hat der Vorredner der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie es mit der Pflicht zur äußersten Sparsamkeit nicht genau nähme. Diesen Vorwurf weise ich mit äußerster Entschiedenheit zurück Nicht die Revolution hat, wie der Vorredner behauptet, den

finanziellen Tiefstand

herbeigeführt und die Durchführung der Beamtenbesoldung erschwert, sondern der Krieg. Endlich hat der Vorredner noch die Behauptung aufgestellt, unter den Mitgliedern der Regierung befinden sich dekorative Figuren, die Gehälter ohne Gegenleistung beziehen. Sämtliche Mitglieder der Regierung sind bekanntlich mit Arbeit überlastet. Feste Arbeitsstunden gibt es nicht. Geradezu närrisch muß es wirken, daß der Redner sich gegen dekorative Figuren wendet, die er bei der alten Regierung unterstützt hat. Damals gab es in Preußen eine dekorative Figur mit einer Krone auf dem Kopf, die ein jährliches Einkommen von 28 Millionen bezog. Diese dekorativen Figuren will der Vorredner obendrein noch wieder herstellen. (Zustimmung rechts), und ihre alten Einnahmen wiedergeben. (Erneute Zustimmung rechts.) Der Vorredner möge es sich gefaßt sein lassen, daß heute außerordentlich viel billiger regiert wird als unter dem alten System. (Widerspruch rechts.) Ueber das Streikrecht der Beamten bin ich nicht in der Lage, mich klar zu äußern. Der Streik muß in den Organisationen der Beamten sauber ausgetragen werden. Meine Bemerkungen über Bezüge der Fürsten waren nur Abwehrbemerkungen auf die Ausführungen des Herrn Degerck, der von dekorativen Figuren gesprochen hat. Demgegenüber habe ich darauf hingewiesen, daß es solche Figuren in der alten Regierung gab.

Abg. Düwell (U. S.): Auch die heutige Regierung hat, angeblich im Einverständnis mit den Vertretungen der Beamten, ihnen die Koalitionsfreiheit beschränkt. Der Minister hat sich dann auch über das Streikrecht der Beamten nicht geäußert. Der soziale Streik von heute soll auch den Beamten eine freiheitliche Stellung geben.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vpt.): Das Streikrecht der Beamten lehnen meine Partei, sowie die Deutschnationalen und das Zentrum entschieden ab, weil es sich mit dem Charakter des Beamten nicht verträgt. Mit neuem Kurse treibe das Reichsschiff einer ungewissen Zukunft entgegen. Eins aber steht fest: Wenn jemals gefeiert werden kann, daß das Schiff eine gute Fahrt fährt, dann, wahrlich aber nur dann, wird es gelingen, den alten Geist der alten Beamtenschaft hineinzubringen in die neue Zeit.

Reichsminister des Innern Dr. David: Ueber das Streikrecht der Beamten bin ich nicht in der Lage, mich klipp und klar zu äußern. Der Streik muß in den Organisationen der Beamten selber ausgetragen werden. Im übrigen ist ein einzelner Minister gar nicht berechtigt, in bezug auf diese Frage ein endgültiges Urteil abzugeben, weil das Streikrecht mit dem Staatsrecht des Parlaments kollidiert.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Eingegangen ist eine Interpellation der Abg. Frau Dransfeld (Ztr.), unterzeichnet von weiblichen Mitgliedern aller Fraktionen, betreffend Maßnahmen gegen den Notstand, in welchen zahlreiche Frauen infolge der wirtschaftlichen Demoralisierung geraten sind.

Nächste Sitzung Donnerstag, 7. August, nachmittags 4 Uhr: Interpellation Dransfeld (Ztr.), zweite Beratung der Gesetzentwürfe betreffend die Erhebung einer außerordentlichen Kriegsabgabe für 1919 und Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Schluß 2 Uhr.

Die Weltstreiks

Amsterdam, 1. August.

„Telegraaf" meldet aus London, daß die Leitung des Verbandes der Polizeibeamten gestern abend durch eine Sonderausgabe des sozialistischen „Herald" einen Aufruf verbreitete, in dem alle Schulleute und Gefängnisbeamten des ganzen Landes aufgefordert werden, abends die Arbeit niederzulegen. Die Leitung des Verbandes hat selbst zuerst mit dem Streik begonnen. Diese Aktion ist ein Protest gegen die Regierungsvorlage, die jetzt vom Parlament behandelt wird, und in der die Errichtung eines Verbandes der Polizeibeamten unter gewissen Kontrollbestimmungen geplant ist, den Polizeibeamten verboten wird, anderen Gewerkschaften anzugehören, und die Verbreitung von Unzufriedenheit unter den Beamten mit Strafe bedroht wird.

Basel, 31. Juli.

Gestern abend 6 Uhr 30 Minuten war die Arbeitsruhe in der Stadt nahezu allgemein. Die Arbeitswilligen kleinerer Betriebe schlossen sich den Streikenden auf die erste Aufforderung hin an.

Gestern kam es zu verschiedenen Zusammenstößen zwischen der streikenden Arbeiterschaft und der Polizei. Gegenwärtig sind im Zentrum der Stadt Maschinengewehre aufgestellt. Bei den Zusammenstößen gab es vier Leichtverletzte.

*

Brüssel, 1. August.

Man hält einen Eisenbahnerstreik für unmittelbar bevorstehend.

Lissabon, 1. August.

Der Bahnhof von Campolide wurde mit Maschinengewehrfeuer angegriffen, das von den Truppen erwidert wurde. Es gab Verluste. Die Regierung traf Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908021-11/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 2 August.

Stadtverordneten-Sitzung

Stadtv.-Vorsteher Hennig teilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß eine Eingabe des Vereins der Zigarrenhändler von Halle und Umgegend eingegangen ist, in der der Verein sich gegen verschiedene Aeußerungen verwahrt, die in der Debatte der letzten Stadtverordnetensitzung über die Verteilung der städtischerseits in Aussicht gestellten Zigarren und Zigaretten gefallen sind. Der Verein bittet, den Vertrieb von Zigarren und Zigaretten dem freien Handel zu überlassen und erbietet sich, sie zu den Preisen zu verkaufen, die der Magistrat festsetzen werde. Ueber die geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Eingabe entwickelt sich eine längere Aussprache. Danach wird in die Tagesordnung eingetreten, und es werden zunächst einige weitere Kapitel des Haushaltsplanes für 1919 beraten. Die Ergebnisse der Rechnung 1917 werden angenommen, desgleichen das Kapitel Zoologischer Garten, das einen Gesamtzuschuß von 311 845 Mark (gegen 76 876 Mark im Vorjahre) verlangt. Bei dem Kapitel XII: Armen- und Fürsorgewesen" kommt es zu einer lebhaften Aussprache. Der Etat verlangt einen Zuschuß von 1 700 Mark (gegen 1 180 245 Mark im Vorj.). Die Mehrh.-Soz. Fraktion stellt folgenden Antrag:

„Der Magistrat wird ersucht, das Armenwesen der Stadt Halle einer neuzeitlichen Reform zu unterziehen. Hierbei ist u. a. die Bezeichnung Armenfürsorge überhaupt zu beseitigen, wie es schon in anderen Orten geschehen ist. Bei der Verwaltung, insbesondere dem Rechnungswesen der Fürsorge, ist mehr die Kontrolle zu ermöglichen. Weiter ist die Mitwirkung der ehrenamtlich tätigen Personen einzuschränken und eine größere Zentralisation und Gleichmäßigkeit der Fürsorge durch beruflich anzustellende Vorsteher für größere Bezirke herbeizuführen."

Stadtv. Kleeis begründet den Antrag in kurzen Worten. — Die Stadtvv. Spleit, Busse (Deutschnat.) und Genossen stellen folgenden Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob es sich empfiehlt, die Armenunterstützung im voraus auszuzahlen."

Im Verlaufe der weiteren Debatte ergreift Stadtv. Albrecht (Unabh.) das Wort zu grundsätzlicher Stellungnahme in der Armenfrage. Seine Fraktion strebt an, die Armenunterstützung durch grundsätzliche Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unnötig zu machen. Es muß unmöglich gemacht werden, daß sich ein Teil der Menschen ins Armenregister bereichert, während der andere bettelt. Man hat früher die Armen ihrer Armut wegen als schuldige Geschöpfe betrachtet. Das darf nicht mehr sein. — Stadtrat Tepelmann tritt dem Vorredner entgegen und betont besonders, daß man in den in Frage kommenden Stellen den vom Vorredner gekennzeichneten Standpunkt niemals auch nur im Entferntesten eingenommen habe. Das Gegenteil trifft zu. — Stadtv. Busse (Deutschnat.) entgegnet dem Stadtv. Albrecht: Ich bin selbst Armenpfleger und muß aufs Entschiedenste Einspruch erheben gegen die Aeußerung des Stadtv. Albrecht, die Armen wurden als „schuldige Geschöpfe" betrachtet oder behandelt. Davon kann bei den Armenpflegern gar keine Rede sein. Die Arbeitsfreudigkeit der Armenpfleger wird durch derartige Aussätze nicht gehoben. Redner wendet sich weiter gegen den Antrag Kleeis: Der Anstellung besoldeter Armenpfleger wird den Ausbau der Bürokratisierung der Armenfürsorge bedeuten. Redner tritt in warmen Worten für die stille, aufopfernde Tätigkeit der Armenpfleger ein und betont, daß gerade die jetzige Handhabung eine individuelle Behandlung der Fürsorge gewährleistet. — Stadtv. Weschke (bei keiner Fraktion) spricht sich gegen die Annahme des Antrages Kleeis aus und tritt dafür ein, die Zahl der Aerzte, die in der Armenpflege tätig sind, zu erhöhen. Im übrigen vertritt er auch die Ansicht, daß die Tätigkeit der Armenpfleger weiter ehrenamtlich ausgeübt werden soll. — Demgegenüber betont Stadtv. Kleeis (Soz.), daß sein Antrag kein Angriff gegen die Armenpfleger oder gar die Absicht einer Bürokratisierung der Armenpflege bedeuten solle. Es sei aber nicht zu verkennen, daß zahlreiche Armenpfleger ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien. — Stadtv. Wolcke (Dem.) will den Ausdruck „Arm" ausgemerzt wissen. Er tritt auch für eine ehrenamtliche Ausübung des Armenpflegeramtes, dessen aufopfernde und erfolgreiche Tätigkeit er in längerer Ausführung würdigt, im Interesse einer schnellen Hilfeleistung ein. — Stadtv. Osterburg (Unabh.) fordert für die Armenpflege freie Arztewahl, während Stadtv. Frau Krüger (Unabh.) dem deutsche Ausdruck gibt daß für dieses Amt auch Frauen, besonders Arbeiterfrauen, interessiert werden müßten. — Der Etat wird unter Berücksichtigung der Anträge Weschke und Busse angenommen; der Antrag Kleeis wird dem Sozialisierungsausschuß überwiesen.

Den Bericht über den Haushaltsplan des Jugendamtes gibt Frau Stadtv. Krüger (Unabh.). Sie hält auf diesem Gebiete durchgreifende Reformen für notwendig und trägt zunächst die Kommunalisierung der Säuglingsfürsorge an, die ausschließlich in den Händen von Wohltätigkeitsvereinen liege. Des weiteren fordert sie, daß auch die Kinderhorte und Kindergärten kommunalisiert, die Stillprämien erhöht und Mittel bereitgestellt werden zur Unterstützung kinderreicher Familien. Am Schluß ihrer Ausführungen stellt sie den Antrag, daß die Weihnachtsfeiern usw. an Stelle der bisher ausgesetzten Summe von 150 Mark eine solche von 5000 Mark bewilligt wird. Der Etat des Jugendamtes, der bereits vom Haushaltsausschuß um 20 000 Mark erhöht ist, erfordert nunmehr einen Gesamtzuschuß von 119 690 Mark. — Stadtrat Velthuisen erfucht, von einer Besprechung der einzelnen Punkte abzusehen, bis der Magistrat eine entsprechende Vorlage unterbreitet hat. — Stadtv. Busse (Deutschnat.) äußert sich gegen die beantragte Kommunalisierung des Jugendamtes und legt dar, welche schönen Erfolge das Amt bisher in anerkennenswerter Weise trotz der unzulänglichen Mittel erzielt hat. — Stadtv. Wilke (Soz.) wünscht, daß die Kinderhorte in Anbetracht der kommenden Einheitsschule in Schulheime umgewandelt werden. — Auf die Forderungen des Stadtv. Albrecht um unbedingte Kommunalisierung erwidert Stadtrat Velthuisen, daß der Magistrat dieser Forderung vielleicht schon im Herbst ohnehin stattgeben müßte, da bereits verschiedene Vereine, die auf diesem Gebiete tätig sind, ihre Tätigkeit eingestellt haben. — Stadtv. Schrader (Deutschnat.) verwahrt sich gegen die Aeußerungen der Frau Stadtv. Krüger, daß in den Kinderbewahranstalten „Hurra-Patriotismus" gepflegt würde und betont, daß eine sittliche Erziehung unserer Jugend nur auf religiösem Wege erreicht werden wird. — Hierauf erwidert Stadtv. Osterburg (Unabh.): Konfession und Religion müssen verschwinden aus den Kinderhorten usw. Wir wollen eine erhabene Jugenderziehung haben. — Der Etat des Jugendamtes wird nunmehr unter Gesthmigung des Zusatzantrages Kleeis einstimmig angenommen.

Es wird sodann in der Beratung des Stadthaushaltsplanes fortgefahren. Das Kapitel Feuerlöschwesen, das einen Gesamtzuschuß von 288 740 Mark erfordert, wird ohne Debatte angenommen. Desgleichen der Etat des Bauwesens, das gegen das Vorjahr Mehrausgaben in Höhe von 374 595 Mark aufweist. Die Kapitel Stadtentwässerung und Gartenverwaltung finden gleichfalls die Genehmigung der Versammlung. — Ueber das Arbeitsamt berichtet Stadtv. Albrecht (Unabh.) und betont, daß auf diesem Gebiete Reformen in demokratischem Sinne erforderlich seien. — Hierzu führt Stadtrat Velthuisen aus, daß das Städtische Arbeitsamt durchaus in den Händen von Fachausschüssen liegt und daß der Vorredner wohl Arbeitsamt mit Arbeitskammer verwechselt. — Demgegenüber betont Stadtv. Albrecht, daß Anstellungs- und Entlassungsrecht ausschließlich Arbeitern aussehen müssen, um etwaigen reaktionären Strömungen unter den Beamten begegnen zu können.

In dem Kapitel „Sonstige gemeinnützige Zwecke" werden mehrere Aenderungen vorgenommen. So werden für die städtische Jugendpflege an Stelle der veranschlagten 4000 Mark 9600 Mark bewilligt. Die vom Haushaltsausschuß gestrichene Summe in Höhe von 800 Mark für die Rechtsschutzstelle für Frauen für Adoptionszwecke wird wieder eingesetzt, dagegen die ausgesetzte Summe von 5000 Mark für den Sächsisch-Thüringischen Reiter- und Pferdezuchtverein gestrichen. Für den Kinderhort-Sommergarten werden 1000 Mark neu angesetzt. — Der Etat wird schließlich in dieser Gestalt angenommen. — Das Kapitel Statistisches Amt wird debattelos gewehmigt. —

Gegen 8 Uhr wird von der gesamten Presse die Berichterstattung eingestellt.

Soziale Fürsorge für die Studentenschaft

Es sind vielfach Stimmen laut geworden, daß die Konferenz der Rektoren und Prorektoren der Universitäten und Technischen Hochschulen Deutschlands zu Halle am 3. Juli hinter fast verschlossenen Türen stattgefunden habe. Es ist daher umso mehr zu begrüßen, daß das Hauptreferat dieser Konferenz vom Prorektor der Universität Halle, Geh. Rat Professor D. Lütgert, über soziale Fürsorge für die Studentenschaft in der „Deutschen Akademischen Zeitschrift", Heft 7, der Oeffentlichkeit zugängig gemacht ist.

Der Referent führt in der Hauptsache aus: Die durch den Krieg hervorgerufene Verdoppelung der Kosten des Studiums und die ungünstigen Anstellungsaussichten machen die Fürsorge für die Studentenschaft zu der dringendsten Pflicht der Hochschule. Am brennendsten ist die Wohnungsfrage. Es muß auch in Zukunft nach Ueberwindung der augenblicklichen Notlage für Wohnungen gesorgt werden, die den sanitären Bedürfnissen der sozialen Lage, den ästhetischen Anforderungen, der Berufsaufgabe und den moralischen Verpflichtungen der Studentenschaft entsprechen. Eine Kasernierung der Studenten ist den deutschen Verhältnissen nicht entsprechend. Um dem strebenswerten Ziel, ein ganzes Universitätsviertel am Rande der Großstadt zu schaffen, nähergzukommen, empfiehlt es sich, zunächst einmal eine Anzahl von Etagen zu mieten und zu deren Leitung geeignete Wirtinnen einzusetzen.

Eine weitere soziale Fürsorgemaßregel ist die Einrichtung von akademischen Speisehäusern. Diese Unternehmungen sind nicht auf Wohltätigkeit zu gründen, sondern ganz geschäftsmäßig einzurichten, so daß sie pekuniär mit Einschluß aller Kosten sich selber tragen. Die Universität Halle hat sich eine solche Anstalt, von kleinen Anfängen ausgehend, in dem modern und geschmackvoll eingerichteten früheren Hotel „Zur Tulpe" geschaffen, in dem neben der Speiseanstalt Erholungsund Versammlungsräume und die Büros des Studentenausschusses sich befinden.

Die bisherige direkte finanzielle Fürsorge durch Stipendien muß als ungeeignet mäß und ungenügend allmählich abgebaut werden. Bedürftige Studenten sollen durch Zuweisung von entsprechenden Arbeiten in Seminaren, Bibliotheken, als Repetenten und Assistenten Gelegenheit gegeben werden, ihre finanzielle Lage zu verbessern. Andere Erwerbsmöglichkeiten sollten im Zusammenhang mit der Neuordnung unseres Erziehungswesens planmäßig und praktisch geregelt werden. Das beste wäre, wenn neben der theoretischen Arbeit des Studiums eine praktische Betätigung nebenherginge, am besten eine solche, die mit dem künftigen Beruf im Zusammenhang steht. In den technischen Berufen wird sich das leicht erreichen lassen, aber auch in den Geisteswissenschaften ist es nicht unmöglich. Unterrichten z. B. sollte jeder Theologe und Philologe schon von seiner Studentenzeit ab, und zwar nicht nur als Hauslehrer, sondern mithelfend in öffentlichen Schulbetrieben. Dieser Dienst müßte planmäßig organisiert und auch entsprechend honoriert werden. Auch körperliche Arbeit der gebildeten Jugend würde nur nützlich sein und zur Ueberwindung der sozialen Zerklüftung unseres Volkes beitragen.

Die Einrichtung einer akademischen Bank, durch die die Geldgeschäfte besorgt werden, in die also die Wechsel eingezahlt würden, und die eventuell mit einer Darlehnskasse verbunden werden könnte, würde dem Wucher und anderen unsauberen Gewerben, die die Geldnöte der Studentenschaft ausnutzen, wirksam entgegengutreten. Alle diese Pläne müssen grundsätzlich durchgeführt werden unter Hinzuziehung der studentischen Selbstverwaltung.

— **Die Ausgabe der Einfuhr-Zusatzkarten für Auslandsmehl** Nr. 13 bis 16 findet in der Woche vom 4. bis 9. August gleichzeitig mit der Ausgabe der Brotmarken in den städtischen Marken-Ausgabestellen statt. Die einzelnen Marken werden seinerzeit durch besondere Bekanntmachung in Gültigkeit gesetzt werden.

— **Ausländisches Weizenmehl.** Unter Bezugnahme auf Ziffer 5 der Magistrats-Anordnung vom 16. April 1919 über ausländisches Weizenmehl wird bestimmt: 1. Auf Nummer 12 der Marken für Auslandsmehl kann in der Zeit vom 4. August bis 13. August 250 Gramm ausländisches Weizenmehl zum Preise von 0,40 Mark oder die gleiche Menge inländisches 94prozentiges Weizen- oder Roggenmehl zum üblichen Preise von 18 bzw. 16 Pfennig bei den Mehlkleinhändlern entnommen werden. 2. Die Mehlkleinhändler (Mehlhändler, Bäcker, Konsumvereine) haben die eingenommenen Marken (Nummer 12) bis zum 16. August an die Brotmarken-Annahmestelle im Roten Turm abzugeben.

— **Der gesamte Luftpostverkehr** wird wegen Mangels an Betriebsstoff mit dem 1. August eingestellt.

— **Der Nationale Frauendienst Halle** beendet am 1. August seine Tätigkeit, denn seine Aufgabe, den Daheimgebliebenen während des Krieges zu helfen ist erfüllt in fünf arbeitsreichen Jahren. 10 530 Familien haben sich in den fünf Jahren an uns gewandt. In unseren drei Küchen wurden 570 000 Portionen Essen unentgeltlich ausgegeben. Die Kleiderkammer sorgte in etwa 1000 Fällen für Säuglingswäsche und gab außerdem rund 7000 Wäschestücke, 10 000 Kleidungsstücke und 6000 Paar Stiefel, Sandalen und warme Schuhe ab. Bare Unterstützungen wurden in 5000 Fällen gezahlt. Für 160 Kinder sorgten wir in drei Kinderhorten, meist mit Speisung. Die segensreiche Hilfe aber war immer die Arbeitsvermittlung; in unseren eigenen Betrieben haben wir an Gehältern und Löhnen 430 600 Mark verausgabt. In der Strickstube wurden 175 000 Paar Socken, 2500 Kopfschützer u. a. m. gestrickt. Die Schneiderstube arbeitete für unsere Kleiderkammer rund 7000 Stück an Wäsche, Kleidern und Anzügen. Die Flickstube besserte Kleider und Wäsche aus. In Heimarbeit für die Heeresverwaltung wurden rund 2500 Frauen beschäftigt, oft 650 Arbeiterinnen gleichzeitig. In der Arbeitstube wurden zerfaßte Schuhe und Pantoffeln genäht, Wäsche ausgebessert. Bis wir am 1. Juli 1917 auf Bitten der Militärbehörde das Ausbessern von Uniformen übernahmen. — Aber auch geistige Anregung wollte der Frauendienst vermitteln; zwei Winter hindurch hielten uns Dozenten der hiesigen Universität Reden zur Weltlage, im letzten Winter politische Vorträge. Den schönsten Erfolg aber hatten unsere Frauenabende. Für arbeitende Frauen, meist Kriegerfrauen, gedacht, boten diese Abende in volkstümlicher Weise Belehrung und Genuß, Ernstes und Heiteres und erfreuten sich eines solchen Zuspruchs, daß sie auch nach der Auflösung des Nationalen Frauendienstes weiter bestehen sollen.

Copyright by Carl Duncker 1918. (Nachdruck verboten.)

Das grüne Kuvert

40) Erzählung von Otfried von Hanstein.

„So, so, das ist aber schade."

„Gott, er war ja vorgestern noch hier. Ich glaube, das Schiff sollte heute von Hamburg wegfahren."

„Hatte Herr Müller denn seine Frau nicht mit?"

Der Detektiv schlug auf den Busch, um nicht aus der Rolle zu fallen.

„Er ist doch Witwer seit zwei Jahren und sein Schwiegervater doch auch und nun standen die beiden ganz allein, da kann ich's ihnen nicht verdenken."

„Gewiß nicht. Ich danke Ihnen für die freundliche Auskunft."

„Aber bitte, ist gern geschehen."

Schlüter stieg in das Auto und fuhr davon, während Herr Kühn sich nachträglich wunderte, daß der „Bekannte des Herrn Müller" in einem Wagen fuhr, auf dem „Polizeipräsidium Berlin" stand. Aber was gings ihn an.

„Wachtmeister Schreiber, ermitteln Sie mal schleunigst, wie der Hausdiener Schröder, der bis zum ersten bei Hildebrand und Rodewald war, mit Vornamen hieß und besorgen Sie mir so schnell wie möglich dessen Personalien und ebenso die von August Müller, früher Hollmannstraße 8."

Während der Wachtmeister seinen Auftrag ausführte, fuhr er selbst die Schiffahrtslisten nach und telegraphierte nach Hamburg.

Dann kam Schreiber mit den Akten. Ueber Schröder war eigentlich nicht viel zu sagen. Er schien ein ziemlich guter Patron zu sein, der es in seinen Stellungen nicht lange aushielt, schien zu trinken, denn da waren eine Menge kleiner Vorstrafen, die eigentlich nur Ordnungsstrafen waren für Dinge, die er im Trunk getan. Irgend etwas Ernstes war ihm nicht vorzuwerfen, Anders aber August Müller. Der hatte schon eine größere Freiheitsstrafe wegen Betruges und war ziemlich bös angekreidet. Schlüter nickte vergnügt mit dem Kopf.

Dann kam auch ein Telegramm aus Hamburg:

„Rittergutsbesitzer Paul Schröder und Schwiegersohn Landwirt August Müller gestern zweite Kajüte Dampfer „Giehen" nach Buenos Aires abgefahren."

Schlüter war vergnügt, wie seit langem nicht, und schrieb einen Rohrpostbrief an den Untersuchungsrichter, dann ging er zu seinem Chef, dem Regierungsrat Wesendonk, hinüber, mit dem er nur eine kurze Unterredung hatte.

„Schreiber, wie weit ist's zu Ihrer Wohnung?"

„Zehn Minuten, Herr Kommissar."

„Schnell, machen Sie, daß Sie nach Hause kommen, lassen Sie sich von Muttern ein reines Hemd, zwei Paar Strümpfe, zwei Kragen und drei Taschentücher einpacken. Punkt sechs Uhr in Zivil, Bahnhof Friedrichstraße."

Auch Schreiber wurde vergnügt. Gott sei Dank! Die Stimmung der letzten Tage war wirklich kein Vergnügen gewesen.

„Wo geht's denn hin, Herr Kommissar?"

„Geht Sie gar nichts an, Sie alte neugierige Großmutter. Wenn Sie da sind, werden Sie's schon merken."

„Zu Befehl, Herr Kommissar," und lachend eilte er die Treppe hinunter, während Schlüter die kleine Handtasche mit allem Nötigen, die er immer im Büro stehen hatte, nahm und nach dem Bahnhof voran fuhr.

Wie Schreiber Punkt sechs Uhr am Bahnhof stand, hatte Schlüter schon die Bettkarten für ein Sonderabteil des Schlafwagens in der Hand.

„Schnell, mein Lieber, in fünf Minuten geht unser Zug." — —

Indessen ging Landgerichtsrat Sawade in seinem Zimmer auf und nieder. Der Fall war wirklich ein ärgerlicher. Auch er konnte nicht so recht an die Schuld des Kassierers glauben, und doch hatte er ihn in Haft behalten. Wenigstens bis noch einmal gründlich Haussuchung gehalten, und dann war Grete Hanus bei ihm gewesen. Er hatte etwas von Haussuchung fallen lassen — ärgerlich, wie konnte er nur, und da hatte sie geweint und ihn hoch und heilig angefleht, von der Haussuchung Abstand zu nehmen. Ihre Mutter sei totkrank, und wenn sie erführe, was geschähe, wenn sie überhaupt ahnte, in welchem Verdacht ihr Sohn stehe — ein Schlaganfall sei ja sowieso jeden Tag zu befürchten.

Und nun ärgerte er sich. Er durfte doch keine Rücksicht nehmen, wenn es sein Amt und seine Pflicht gelte, und doch, dieses Mädchen tat ihm so leid.

Hatte sie Angst vor der Haussuchung? Sollte er dem armen Kinde, dem er erst den Bräutigam — voraussichtlich unschuldig — eingesperrt und jetzt den Bruder verhaftet hatte, auch noch die Mutter töten?

Aber es mußte doch sein. Er beschloß, noch einmal mit dem Staatsanwalt zu sprechen.

Da kam der Rohrpostbrief des Kommissars Schlüter.

„Muß ganz plötzlich verreisen. Hoffe bestimmt, morgen die volle Aufklärung des Falles Rodewald telegraphieren zu können. Bitte bis dahin in der Sache möglichst nichts unternehmen."

Der Landgerichtsrat rieb sich die Hände. Gott sei Dank! Und er beschloß, auch die Unterredung mit dem sehr energischen Herrn Staatsanwalt bis morgen zu verschieben.

In seiner Zelle saß Andreas Hanus. Er vermochte noch immer nicht zu verstehen, was mit ihm geschah. Er glaubte nicht daran, daß ihn wirklich ein Verdacht treffen könne, ihn, der ein so gutes Gewissen hatte, aber trotzdem zitterten ihm die Glieder vor Entsetzen. Unwillkürlich mußte er in einem fort an Arnold Becker denken. Ob alle nun auch so schnell an ihm zweifelten wie er an dem Freunde? War es eine furchtbare Vergeltung für seine Feigheit?

Da kam der Schließer und brachte auch ihm einen Brief. Landgerichtsrat Sawade hatte ihn wohl gelesen, aber mit Rücksicht auf die Nachricht Schlüters sich er ihm dem Gefangenen überbringen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908021-11/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Zum Wiederaufbau der europäischen Kriegsgebiete

Wenn am 24. Juli in der Nationalversammlung der Reichsminister des Aeußeren besonders die deutschen Arbeiter, die deutschen Techniker und Architekten aufrief, sich bereitzuhalten, wenn der Ruf an sie erginge, aus den Ruinen der verwüsteten Gegenden Nordfrankreichs wieder blühendes Leben erstehen zu lassen, so ist es nötig, darauf hinzuweisen, daß bei dem Wiederaufbau jenes Kriegsgebiets doch nicht ausschließlich, ja vielleicht nicht einmal in erster Linie an die architektonische Wiederherstellung zu denken ist. Vielmehr wird man sich gegenwärtig zu halten haben, welche besonderen wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht erst seit dem Kriege in Nordfrankreich dringend der Erschließung harren. Frankreich muß im Vergleich zu Deutschland als ein an Menschen armes, an landwirtschaftlich wertvollem Boden reiches Land bezeichnet werden. Leben im Deutschen Reiche vor dem Kriege auf den Quadratkilometer 120 Menschen, so waren in Frankreich auf der gleichen Fläche noch keine 74 ansässig; auf 1000 Einwohner hatte Deutschland einen Geburtenüberschuß von 12,7, Frankreich von 1,5. Bei ungefähr gleicher Gesamtgröße (54 bzw. 53 Mill. Hektar) waren im Deutschen Reiche 49, in Frankreich ungefähr 46 Millionen Hektar land- oder forstwirtschaftlich genutzt. Es ist aber eine von allen deutschen landwirtschaftlichen Sachkennern, die der Krieg nach Nordfrankreich führte, betonte Beobachtung, daß die schwache Besiedlung des Landes und der im Vergleich zur deutschen Landwirtschaft um mindestens sechzig Jahre im Rückstand befindliche technische Stand des französischen Ackerbaues dahin geführt haben, daß weite Strecken beben Ackerbodens in Nordfrankreich schon vor dem Kriege teils gar nicht, teils mit ganz unzulänglichen Mitteln, jedenfalls mit sehr geringen Erfolgen bewirtschaftet wurden. Dies lassen auch die Durchschnitts-Hektarerträge mit aller Deutlichkeit erkennen. Während in dem durchweg mit weit geringeren Bodenklassen ausgestatteten Deutschland an Weizen durchschnittlich 23,6, an Roggen 19,1, an Sommergerste 22,2 und Hafer 21,9 Doppelzentner je Hektar geerntet wurden, gab sich der französische Landwirt tatsächlich fast mit halb so großen Körnerfrüchteernten zufrieden; denn die internationale Statistik weist für Frankreich an Hektar-Erträgen nach für Weizen im Durchschnitt nur 13,8, Roggen 10,8, Gerste 14,5 und Hafer 12,9 Doppelzentner. Ebenso liegt es bei den Kartoffeln, an denen Deutschland vom Hektar 158,6, Frankreich dagegen nur 96,1 Doppelzentner erntete. An Schweinen wurden gezählt in Frankreich 7, in Deutschland 22, an Rindern dort 16, hier 20 Millionen Stück. Jeder Einsichtige wird nun aber verstehen, daß wir Frankreich das geben müssen, was ihm fehlt, und ihm nur geben können, was uns zu Gebote steht bzw. woran wir Ueberschuß haben. Das ist aber ein theoretisch und praktisch auf der Höhe stehender Stamm von landwirtschaftlichen Betriebsleitern, wie wir ihn besonders auch in unseren Gutsverwaltern haben.

Die Ausführung zu dem Appell des Außenministers bedeutet beshalb ein Plan, den vor jener Rede bereits Herr v. Bismarck-Jersälin entworfen hat und der jetzt den maßgebenden Stellen zur Prüfung vorliegt. Er geht davon aus, daß schon vor dem Kriege der Stand der landwirtschaftlichen Güterbeamten in Deutschland dauernd überfüllt war und es zurzeit infolge des Eindringens von Ersatzkräften während des Krieges und in Anbetracht der Verluste weiter Distrikte des Großgrundbesitzes im Osten durch den Friedensvertrag mehr denn je ist. Auf alle Güter drängen sich zurzeit gebildete junge Leute zur Erlernung der Landwirtschaft, von denen nach Lage der Verhältnisse nur ein geringer Bruchteil jemals die Möglichkeit haben wird, in Deutschland die Tätigkeit eines Betriebsleiters auszuüben. Nach Auffassung des Herrn von Bismarck würde es für Frankreich die beste Wiedergutmachung der durch den Krieg erlittenen Schäden sein, wenn die französische Regierung solchen deutschen Landwirten als Unternehmern landwirtschaftliche Betriebe in den wiederzuerbauenden Gebieten auf längere Zeit, etwa 60 Jahre und mehr verpachtete. Die Kosten der Einrichtungen würden binnen kürzestem aus der Pacht getilgt sein, so daß sich Frankreich in wenig Jahren die Pacht, ferner den hohen Kulturzustand der nach Ablauf des Vertrages zurückgegebenen Pachtgüter und schließlich die fördernde Wirkung auf den französischen Landwirt als reinen Gewinn gutschreiben könnte. Die Frage der Beschaffung der Arbeitskräfte, die Deutschland selbst nicht zu stellen vermag, denkt sich Herr von Bismarck entsprechend dem Gedanken der Interessensolidarität aller Völker zum Wiederaufbau des kontinentalen Europas, von dem sein ganzer Vorschlag getragen ist, in der Weise gelöst, daß etwa Viehpfleger aus französischen, Gespann- und Maschinenführer aus deutschen Elementen zu gewinnen sein würden, während Slawen und Italiener, wie sie das gewohnt sind, die Erntearbeiten, die Hackfruchtbehandlung und ähnliche Verrichtungen übernehmen würden. Sehr mit Recht weist Herr von Bismarck noch darauf hin, daß das französische Landvolk von Natur nicht deutschfeindlich gesinnt sei, und es dürfte dem vielleicht noch hinzuzufügen sein, daß ja auch in Deutschland ausländische Fachleute, wie Schweizer im Käsereigewerbe der Tilsiter Gegend, als Unternehmer Betriebe im Besitz und Eigentum haben.

Sabotage am Geldmarkt

Man schreibt uns aus volkswirtschaftlichen Kreisen:

Die deutsche Valuta hatte sich nach Friedensschluß im neutralen Auslande nicht unwesentlich erholt. Vor einigen Tagen zeigte sie jedoch den tiefsten Stand, den sie seit Kriegsbeginn überhaupt gesehen hat. Dabei stehen wir vor der Wiederaufnahme der regulären Handelsbeziehungen mit den neutralen und einem Teile der bisher feindlichen Länder. Man hört von starker Nachfrage nach deutschen Artikeln. Speziell über Holland sollen Großeinkäufe in deutschen Rohstoffprodukten für englische Rechnung abgeschlossen werden. — Man sollte denken, daß hierdurch ein belebender Einfluß auf den Kurs der Reichsmark ausgeübt würde. Jedoch die Tendenz des Markkurses bleibt schwach und verrät damit die Einwirkung anderer Momente, die nicht auf dem Gebiete des Handelsverkehrs liegen. — Da ist zunächst wahrscheinlich, daß die bevorstehende Aufhebung der Devisenordnung Baisse-Engagements ausländischer Spekulanten ausgelöst hat. Aber auch diese Mutmaßung kann die Zerrüttung des Valutenmarktes nicht erklären.

Es ist vielmehr zweifelsfrei, daß die Erzbergerschen Pläne, die auf eine Abstempelung der Banknoten und Wertpapiere zielen, das außerordentliche Angebot deutscher Zahlungsmittel an den neutralen Börsen veranlaßt haben. Dabei ist man sich sicher klar darüber, daß keine deutsche Regierung die Banknoten für kraftlos erklären kann, die ihr ein Ausländer nach der Abstempelung präsentieren wird. Die ganze deutsche Volkswirtschaft ist fraglos auf das Schwerste beunruhigt. Die Stützung der Valuta, die schon während des Krieges mit allen Mitteln angestrebt wurde, ist mit einem Schlage durch die Bekanntgabe der unreifen Abstempelungspläne, die also als Sabotage am unserm Wohlstand bezeichnet werden müssen, zunichte gemacht worden. — Man sollte sich doch in den zuständigen Reichsämtern soweit der Diskretion befleißigen, daß Gesetzentwürfe erst, wenn sie klar und vollständig durchgearbeitet sind, veröffentlicht werden, um nicht Interessen der Allgemeinheit zu sabotieren.

Gesellschafts-Abschlüsse

R. Wolf A.-G. in Magdeburg-Buckau. Nach dem Rechenschaftsbericht für 1918/19 erhöhte sich bei dem Unternehmen der Rohgewinn einschl. Vortrag auf 9 274 315 (6 780 902) M., Geschäftsunkosten und Zinsen sind demgegenüber auf 4 204 294 (2 886 980) M angewachsen. Aufwendungen für Wohlfahrtszwecke, Kriegsunterstützungen usw. erforderten 1 949 986 (850 426) Mark und Abschreibungen 820 245 M (2 654 255), hiervon 2,5 Mill. Mark aus der Aktienumwandlung). Aus dem verbleibenden Reingewinn von 2 299 760 (2 859 240) M werden wie bereits gemeldet, 15 (18) Prozent Dividende ausgeschüttet. — In der Bilanz sind u. a. Schuldbuchforderungen auf 21 498 345 (29 339 316) M und Wertpapiere auf 945 083 (2 734 765) M zurückgegangen. Außerstände einschließlich Anzahlungen stehen mit 11 010 514 (12 050 201) M zu Buche. Beteiligungen sind auf 762 842 (437 502) M gestiegen. Demgegenüber haben Gläubiger nur noch 15 065 705 (18 5757 117) M zu fordern, außerdem erscheinen Anzahlungen auf Bestellungen sowie Rückstellungen usw. mit 6 407 897 (4 570 211) M.

Adler-Kaliwerke A.-G. in Oberröblingen am See. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1918 weist einen Bruttogewinn von 933 959 M. und einen Reingewinn von 379 172 M. aus. Die Dividende wird mit 6 Proz. auf die Vorzugsaktien und mit 6 Proz. auf die Stammaktien vorgeschlagen. Bei der Bergwerksgesellschaft Hope G. m. b. H. konnte, wie wir dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes weiter entnehmen, durch kriegswirtschaftliche Maßnahmen ein Verlust unter und über Tage nicht geführt werden. Bei den Kaliwerken Adolfsglück A.-G. verhinderte der Mangel an Arbeitskräften und Kohlen die Einführung des zweischichtigen Betriebes, wodurch der Fortgang der Aufschlußarbeiten wesentlich verzögert wurde. Bei der Gewerkschaft Oberröblingen werde es noch lange dauern, bis das nachgeprüfte Arbeitsprogramm durchgeführt sein wird.

„Gott mit uns-Grube", A.-G. für Steinkohlenbergbau in Mittel-Lazisk (Schlesien). Der Jahresbericht klagt über die mit dem Umsturz im November eingetretene erhebliche Verschlechterung in den Leistungen der Belegschaft. Die allerdings kolossale Lohnsteigerung solle im Hinblick auf die allgemeine Teuerung als größtenteils berechtigt gelten. Dagegen würden durch den Rückgang der Leistungen die Kohlenunternehmungen und die ganze Nationalwirtschaft geschädigt. Die Abrechnung ergibt nach Abschreibungen von 245 000 (232 000) M. einen Reingewinn von 120 912 (148 553) M., woraus eine Dividende von 4 Proz. (i. V. 5 Proz.) auf das Gesamtkapital von 2½ Millionen Mark zur Ausschüttung gelangt.

Verschiedene Mitteilungen

Soziale Fürsorge für Arbeiter nicht mehr durchführbar. Ein großes Bergbauunternehmen beabsichtigte, auf einem seiner Werke in größerem Umfange Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiterschaft zur Ausführung zu bringen. Es handelte sich in der Hauptsache um die Erbauung von Wohngebäuden für ledige Arbeiter, in denen diese nach den projektierten Plänen eine einfache, aber wohnliche Stube erhielten, die sie nach Wunsch einzeln, zu zweien oder dreien bewohnen konnten. Die Anlage, zu deren Ausführung bereits die ersten Spatenstiche getan waren, muß jetzt unausgeführt bleiben, da es sich endgültiger Feststellung der Ausführungskosten als ganz unmöglich erweist, derartig unerschwingliche Summen für die Ausführung herbeizuschaffen. Die Kosten, welche in Friedenszeiten etwa 400 000 M betragen hätten, stellen sich jetzt auf 8 Millionen Mark. Die Ueberteuerung im Baugewerbe, welche noch vor 3 Monaten etwa das 3—4fache gegen Friedenszeit betrug, erreicht jetzt bereits die 7—8fache Höhe. Der Hauptgrund für diese bedauerliche Tatsache liegt in den fortgesetzten Lohnsteigerungen, den Lessungsrückgängen und in den regelmäßigen Arbeitsniederlegungen und Streiks, denen diese bedingen ganz automatisch ein Hochschnellen der Material-, Transport- und Herstellungspreise. Ferner gestaltet sich die Marktlage von Woche zu Woche ungünstiger; die häufigen Arbeitsniederlegungen, die passiven Resistenzstreiks, die Tarifkündigungen nach soeben erfolgtem Tarifabschluß und anderes bewirken eine ununterbrochene Steigerung aller Herstellungskosten. Der Fonds von 500 Millionen Mark Ueberteuerungszuschuß ist aber bald aufgezehrt und ein allgemeines Einschlafen jeglicher Tätigkeit im Baugewerbe wird danach eintreten. Ein sodann etwa neu bewilligter Fonds kann auch keine Besserung herbeiführen, denn das Defizit in der Kasse des Deutschen Reiches und des deutschen Wirtschaftslebens kann nicht mit Papiergeld, sondern nur durch angestrengte gemeinsame Zusammenarbeit aller Schichten des deutschen Volkes beseitigt werden. Hoffentlich zeigen diese Zeilen den unbesonnenen Heißspornen unter der Arbeiterschaft, daß ein Uebertreiben der wirtschaftlichen und politischen Forderungen letzten Endes die Arbeiterschaft selbst immer am meisten schädigt.

Mündelsichere Anleihe. Der kommunale Giroverband für Proving Sachsen, Thüringen und Anhalt, Magdeburg, begibt die vierprozentige Mitteldeutsche Kommunalanleihe von 1919 zum Kurse von 94,5 Prozent; darauf werden bei sämtlichen öffentlichen Sparkassen und Banken Zeichnungen entgegengenommen. Die Anleihe ist mündelsicher und wird garantiert durch sämtliche dem Verbande angeschlossenen 158 Städte, Gemeinden, Landkreise und selbständige Sparkassen.

Ausfuhrförderung durch das Mesamt in Leipzig. Das Meßamt für die Mustermessen in Leipzig hat ein planmäßiges Verzeichnis der auf der Leipziger Messe ausstellenden deutschen Ausfuhrfirmen angelegt, mit Angabe der Warenarten und soweit möglich der Länder, nach denen ausgeführt werden kann. Die Käufer deutscher Waren im Auslande erhalten durch das Mesamt jede gewünschte Auskunft über geeignete Bezugsquellen für die von ihnen benötigten Artikel. Die Anfragen werden außerdem in der amtlichen Zeitung des Mesamtes „Die Leipziger Mustermesse" veröffentlicht.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Geschäftslage an der Börse blieb auch heute unverändert. Die wenigen Umsätze, die in führenden Werten stattfanden, ergaben kein einheitliches Bild in der Kursgestaltung. Kriegsanleihe, Schutzbriefe und alte heimische Anleihen bröckelten im Preise weiter ab. Erstere notierte 81 bis 80⅞ Prozent. Am Montanmarkte überwogen mäßige Abschwächungen bis vereinzelt ½ Prozent, was besonders für oberschlesische Werte gilt. Dagegen setzten Rombacher und Lothringer Hütte, wie auch Gelsenkirchen ihre Aufwärtsbewegung weiter fort. Schiffahrtswerte mußten sich bei stillem Geschäft Rückgänge bis etwa 1 Prozent gefallen lassen. Ausländische Bahnaktien behaupteten ihren Kursstand. Kanada waren etwas fester. Auf den übrigen Marktgebieten sind die Veränderungen nicht erheblich und mehr oder weniger von kleinen Aufträgen abhängig. Für Petroleumaktien bestand unter Führung von Steaua Romana gute Meinung. Wesentliche Veränderungen sind auch später bei vorwiegender Geschäftsruhe nicht eingetreten. Oesterreichische und ungarische Anleihen lagen still und wenig verändert.

Produktenbericht. Im freien Warenverkehr ist in der Geschäftslage für Lupinen und Serradella eine Veränderung nicht eingetreten. Herbstrübensamen der verschiedensten Sorten waren weiter angeboten. Für Heu sind in der Provinz verschiedentlich Preise von 14,50 bis 15 Mark erzielt worden. Hier ist im Großhandel dieser Preis noch nicht zu erreichen. Stroh ist mit etwa 4,75 Mark lebhafter umgesetzt worden. Am Markt befindlicher Angebot von Rapsstroh hat bisher Beachtung noch nicht gefunden. Wetter schön.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	171,—
Halberstadt-Blankenb.	—,—	Gebhardt u. Co.	241,25
Halberstadtstedter	70,50	Gebhardt u. König	241,25
Schantungbahn	132⅞	Gelsenkirch. Bergb.	98,75
Allg. Lokal-Str.	130,50	Glanziger Zuckerfbr.	176,50
Gr. Berl. Str.	120,75	Hallesche Masch.-Fabr.	250,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	200,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	304,50	Harpener Berg	154,—
Orientbahn	—,—	Hasper Eisen	154,—
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	154,—
Hambg. Paketfahrt	101,—	Höchster Farbw.	229,50
Hambg.-Südamerika	170,50	Hoesch Eisen u. Stahl	170,—
Hansa-Dampfschiff	—,—	Hohenlohe-Werke	110,—
Nordd. Lloyd	102,25	Humboldt-Masch.	134,50
Banken:		Ilse-Bergbau	134,50
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	185,—
Berl. Handelsges.	152,75	Kaliw. Aschersleben	301,—
Comm u. Diskontobank	122,50	Körbisd. Zucker-Akt.	141,—
Darmstädter Bank	107,—	Kyffhäuerhütte	—,—
Dess. Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	—,—
Deutsche Bank	191,—	Lauchhammer	119,75
Diskonto-Comm.	152,75	Laurahütte	119,75
Dresdner Bank	128⅛	Linke u. Hofmann	147,—
Credit-Inst. Leipzig	153,—	Ludwig Loewe u. Co.	217,—
Mitteld. Kreditbank	113,50	Lothringer Hütte	156,—
Privat-Bank	111,⅞	Mannesmannröhren	185,25
Nationalbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	185,25
Oesterr. Kredit	101,—	do. Caro Heg.	170,50
Reichsbank	143,50	do. Kokswerke	170,50
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	240,—
Schultheiss-Brauerei	243,—	Phönix-Bergb.	190,—
Akt. f. Anilin	239⅛	Rhein. Metall-Verz.	170,—
Allgem. Elektr.-Ges.	174,75	Rhein. Stahlwerken	180,—
Ammendorfer Papierf.	390,—	Riebeck. Montan	172,—
Anhalter Kohlenw.	156,—	Rombacher Hütten	141,50
Annaberger Steingut	181,—	Rositzer Braunk.	118,—
Badische Anilin	325,—	Rositzer Zucker	118,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	141,75	Sangerhäuser Masch.	230,50
Berl. Masch.-Bau	200,50	Hugo Schneider u. Co.	186,—
Bismarckhütte	213⅛	Schuckert u. Co.	186,—
Bochumer Gußstahl	184,25	Siemens u. Halske	187,—
Chem. Fabrik Buckau	114,—	Stettiner Vulkan	156,—
Chem. Griesheim	193,50	Stollberger Zinkh.	147,—
Chem. v. Heyden	216,—	Strals. Spielkarten	230,50
Consolidation Schalke	231,50	Thale-Eisenhütte	170,—
Cröllwitzer Papierfabr.	217,—	Triptis-Akt.-Ges.	174,75
Daimler-Motoren	190,25	Türkische Tabakregie	108,—
Deutsch-Luxemburg	144,25	Ver. Köln-Rottweiler	177,50
Deutsche Uebersee-Ei.	228,—	Glanzstoff Elberf.	—,—
Deutsche Erdöl	310,—	Wegelin u. Hübner	—,—
Deutsche Gasglühl.	268,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Deutsche Kali	173,50	Westeregeln-Alkali	223,50
Deutsche Waff. u. Mun.	201,50	Wittener Gußstahl	160,50
Donnersmarckhütte	200,—	Wrede-Mälzerei	118,—
Döring u. Lehmann	116,—	Zeitz.-Krebitsch. Brk.	—,—
Dürkoppwerke	267,—	Zeitzer Masch.	303,50
Elberfelder Farben	287,50	Zellstoff Walthof	172,—
Felten u. Guilleaume	161⅞	Otavi-Minen	138,50

„H.Z." Sportberichte

Rennen in Hannover

(Eigene Drahtmeldung.)

1. **Sommer-Rennen.** 10 000 Mark. 1000 Meter. Rudolf, Susi, Wulfhard. Toto für Sieg 20, Plätze 14, 19, 17. Ferner liefen 7 Pferde.

2. **Kinsfam-Rennen.** 12 000 Mark. 1200 Meter. Wolfram, Meeringen, Indling. Toto für Sieg 172, Plätze 31, 21, 20. Ferner liefen 16 Pferde.

3. **Deister-Jagdrennen.** 15 000 Mark. 4200 Meter. Jimmy, Pellao, Philomele. Toto für Sieg 45, Plätze 15, 16, 34. Ferner liefen 6 Pferde.

4. **Grabensee-Rennen.** 40 000 Mark. 1100 Meter. Schnellfeuer, Rosenritter, Berliner. Toto für Sieg: 60; Plätze: 20, 17, 20. Ferner liefen 6 Pferde.

5. **Jugendpreis.** 18 000 Mark. 1000 Meter. Husar, Leichtfing, Gintilope. Toto für Sieg: 25; Plätze: 14, 20, 14. Ferner liefen 6 Pferde.

6. **Preis von Walsfried.** 15 000 Mark. 2200 Meter. Merovinger 2, Rubin, Sphinx. Toto für Sieg: 53; Plätze: 13, 16, 34. Ferner liefen 5 Pferde.

7. **Preis vom Tiergarten.** 13 000 Mark. 2000 Meter. Omeda, Sturmflut, Majoratsherr. Toto für Sieg: 69, Plätze: 25, 40, 62. Ferner liefen 11 Pferde.

8. **Hürdenrennen der Dreijährigen.** 12 000 M., 3000 Meter. Dieses Rennen wurde in zwei Abteilungen gelaufen und der Preis doppelt gelaufen. 1. Abteilung: Fritze, Spartanner, Fustanella. Toto für Sieg: 45, Plätze: 14, 47, 12. Ferner liefen 6 Pferde. — 2. Abteilung: Gletscher, Nihisel, Glenna. Toto für Sieg: 77, Plätze: 46, 34, 41. Ferner liefen: 5 Pferde.

Vorschau auf Hannover

Sonntag, den 3. August; nachm. um 3 Uhr.

Der zweite Tag der vier Tage umfassenden Veranstaltung des Hannoverschen Rennvereins bringt als Hauptereignis den Preis vom Schloß, in dem der vierjährige Prunus zum erstenmal in diesem Jahre an der Oeffentlichkeit erscheint. Die ungünstigen Gerüchte über den Dark Ronald-Sohn haben sich nicht bewahrheitet, im Gegenteil, der Hengst ist jetzt glänzend im Schuß und hat hier wohl keinen Gegner zu fürchten. Lib Rosenritter läuft, ist noch unbestimmt, wir glauben aber nicht, daß der Dreijährige seinem älteren Gegner gewachsen ist. Der Grobiter Humbug, der sein letztes Rennen durch die rücksichtslose Reitweise von Jockey Kasper an Harlekin verlor, ist so gut im Gange, daß wir ihn sogar vor Rosenritter im Ziel erwarten. Harlekin hat hier wohl kaum Aussichten, ebenso nicht die übrigen Teilnehmer. Unsere Meinung ist mithin Prunus vor Humbug und Rosenritter. Der wertvolle, dem jüngsten Jahrgang gehörende Hoffnung-Preis sieht mehrere in ihren Ställen hochgehaltene Zweijährige am Ablauf. Wir hören viel Gutes über Peri aus dem Stall der Herren von Weinberg, sowie über Distelfink aus dem Stall des Freiherrn S. A. von Oppenheim und über die Grabiterin Ludovika. Gewinnen sollte Peri. Der Niedersachsen-Preis ist ein gut gelungener Ausgleich, so daß die Suche nach dem voraussichtlichen Sieger nicht so leicht ist. Wir glauben, daß Chapuchin, Baldur, Goldstrom, Feuerbach noch die meisten Gewinnchancen besitzen. Letztere lief zuletzt hinter Francisque ein gutes Rennen und bei etwas mehr Glück hätte die nützliche Stute wahrscheinlich schon damals gewonnen. Im ersten und zweiten gilt es aber ein eher offenes Rennen, in dem der Spekulation weiter Spielraum gelassen ist. Auch die übrigen Rennen versprechen guten Sport. Die Einleitung besorgt das Jungfern-Rennen für Zweijährige, in dem Erda, die Zweite zu Prämie im Sporn-Rennen vor guten Aussichten steht. Der zweite Platz sollte dem Stall Graditz, der Lauischerin oder Mittelstraße aufbleiben, sicher sein. Nachstehend unsere gemeinen

Voraussagen.

1. R. Erda—Stall Graditz;
2. R. Sterna—Rumplertaube 2;
3. R. Milton—Stall Allgem. Deutscher Sportverein;
4. R. Peri—Distelfink;
5. R. Oblate—Goldstrom;
6. R. Prunus—Humbug;
7. R. Einkart—Tunichtgut;
8. R. Frohsinn—(Ehrengard)—Stall Allg. Dtsch. Sportverein.

Nächster Galopprennsag: Dienstag, den 5. August; Hannover.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenleiter: Carl Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle-Saale.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908021-11/fragment/page=0004